Halle und Umgegend.

Halle, den 22. Juli 1919.

Stadtverordneten-Sitzung.

Halle, 21. Juli.

Am Vorstandstische: Stvv. Hennig, Dr. Keil, Ziegler und Kleeis.

Der Magistrat hat mitgeteilt, daß Stadtrat Dr. Kinne zum zweiten Bürgermeister der Stadt Frankfurt a. d. O. gewählt worden ist und hier seinen Dienst am 31. September verlassen wird. Der Wahlausschuß wird mit der Vorbereitung der Wahlen auch der der unbesoldeten Stadträte betraut.

Der Magistrat fordert ferner ein Verzeichnis der Sitzungen aus der Zeit vom 19. Mai bis 31. Juli, um danach die Entschädigungen auszahlen zu lassen. Vom 1. August ab wird die Entschädigung nach jeder Sitzung festgestellt werden.

Eine Eingabe des Stadttheaterorchesters um eine weitere Gehaltsregelung nach einer bestimmten Staffelung wird dem Magistrat überwiesen mit dem Ersuchen, daß er sie der Theaterdeputation zur Vorberatung überweist.

Dem Magistrat überwiesen wird eine Eingabe der Ortsgruppe Halle des Reichsverbandes der Gewerbetreibenden um Bekanntgabe der Jahrmärkte. Stv. Herzfeld (Dem. Fr.) weist auf die Dringlichkeit der Sache hin. — Ein weiteres Gesuch um Anstellung wird ebenfalls dem Magistrat überwiesen.

1. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet ein Antrag der Stvv. Finger, Steinbrück usw. auf Ergänzung der Geschäftsordnung durch den Zusatz zu § 4 Abs. 1: „Ihm (dem Vorsitzenden) liegt die Vertretung der Stadtverordnetenversammlung nach außen ob." Stv. Finger (D. N.) begründet diesen Antrag in ausführlicher Weise unter Hinweis auch darauf, daß eine solche Bestimmung ebenfalls der Geschäftsordnung des Reichstages entspreche. — Stv. Herzfeld beantragt die Ueberweisung dieses Antrages an den Rechts- und Verfassungsausschuß, denn es könne auch der Fall eintreten, daß das ganze Bureau die Versammlung zu vertreten habe, so daß der Vorsteher allein nicht ausreiche. — Stv. Gerig bemerkt, daß die Geschäftsordnung sowieso geändert werden müsse. Dem Rechts- und Verfassungsausschuß wird der Fingersche Antrag überwiesen, auch ein zweiter Antrag, daß der Protokollführer durch die Versammlung gewählt werden soll.

2. Ein Antrag des Stv. Herzfeld (Dem. Fr.) auf Gründung eines Schulausschusses in der für Ausschüsse bisher üblichen Stärke und Zusammensetzung wird angenommen, ebenso werden die vorgeschlagenen Mitglieder gewählt.

Der Vorsteher teilt darauf mit, daß eine Neuwahl der Deputationen beschlossen worden ist, die nach den Ferien erfolgen soll. Es muß aber auch bis zum 31. August die Wahl der unbesoldeten Stadträte auf Grund des Verhältniswahlsystems, dessen endgültiger Text nunmehr vorliegt, vorgenommen werden. Es ist ferner beschlossen worden, daß unbesoldete Magistratsmitglieder der Stadtverordnetenversammlung angehören können, und ferner soll auch den unbesoldeten Magistratsmitgliedern eine Entschädigung für ihre Teilnahme an den Sitzungen gewährt werden. Dem Rechts- und Verfassungsausschuß werden die Vorbereitungen der Wahlen übertragen.

Fortsetzung der Beratung des Haushaltsplans für 1919.

Der Haushaltsplan des Gaswerks wird bei einem Ueberschuß von 511 149,92 Mk. in Einnahme und Ausgabe auf 56 150 080 Mark festgesetzt. — Berichterst. Stv. Weschke (b. k. Fr.).

Der Haushaltsplan der städtischen Wasserwerke schließt in Einnahme und Ausgabe mit 1 533 400 Mk. ab. Widerspruch erhebt sich nicht. — Berichterst. Stv. Borges (Dem. Fr.).

Wieder einen Ueberschuß ergibt das Elektrizitätswerk, dessen Einnahme und Ausgabe auf 2 968 370 Mk. festgesetzt wird. Der Ueberschuß beträgt hier 598 000 Mk. — Berichterst. Stv. Georg (Dem. Fr.).

Die städtische Straßenbahn ergibt nur einen Ueberschuß von 17 850 Mk. bei einer Einnahme von 6 733 850 Mk. Berichterst. Stv. Ritter.

Bei dieser Gelegenheit wendet sich Stv. Vollbracht (S. Fr.) gegen die unsinnigen Streiks, deren Schaden nicht die Unabhängigen, sondern die Allgemeinheit zu tragen hätte. Das gibt das Zeichen zu einem „Aufstande" bei den Unabhängigen. Gegen den Mehrheitssozialisten wenden sich die unabhängigen Sozialdemokraten Stvv. Hildebrandt, Bock, Albrecht, Schimpf, Gräfe.

Stv. Vollbracht und Genossen beantragen, dem Magistrat die Herstellung einer unmittelbaren Straßenbahnverbindung zwischen dem Süden und dem Norden der Stadt über den Rannischen Platz zu empfehlen.

Stv. Balte (Dem. Fr.) richtet an den Magistrat die Anfrage, ob nicht die Möglichkeit bestanden habe, mit den arbeitswilligen Kräften den Straßenbahnbetrieb wenigstens notdürftig heute, Montag, aufrechtzuerhalten. Man muß auch den Schutz der Arbeitswilligen durch den Magistrat verlangen.

Stv. Gräfe (U. S.): Es muß versucht werden, die Tageseinnahmen der Straßenbahn zu steigern. (Zurufe: Durch Streiks! — Heiterkeit.) Er polemisiert gegen den Stv. Balte.

Stv. Osterburg (U. S.) wünscht eine Verminderung der Haltestellen, z. B. auf der Linie 7. — Bürgermeister Seydel antwortet, daß die Direktion der Straßenbahn bereits mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Planes befaßt sei.

Auf eine Anfrage des Stv. Georg (Dem. Fr.) erwidert Bürgermeister Seydel, daß beabsichtigt sei, den Straßenbahnbetrieb auf der Böllberger Linie wieder bis an den früheren Endpunkt zu führen.

Auf Antrag des Stv. Ritter (Dem. Fr.) wird der Vollbrachtsche Antrag der zuständigen Deputation überwiesen.

Stv. Balte (Dem. Fr.) macht darauf aufmerksam, daß er seine Anfrage nicht durch den Stv. Gräfe, sondern durch den Magistrat beantwortet haben wollte. Er habe mit sehr vielen Straßenbahnern gesprochen, die gewillt waren, zu fahren, wenn sie nur der Magistrat hätte fahren lassen.

Eine Erwiderung hierauf erfolgt nicht. Der Haushaltsplan wird genehmigt.

Einnahme und Ausgabe des städtischen Leihamts werden auf 67 540 Mk. festgesetzt. — Berichterst. Stv. Busse (Dem. Fr.)

Der Haushaltsplan des Alters- und Pflegeheims wird in Einnahme und Ausgabe auf 298 500 Mk. festgestellt. Für Weihnachtsfeier und kleine Geschenke werden statt 700 Mk. 1000 Mk. bewilligt. — Berichterst. Frau Stv. Krüger.

Die Theodor-Schmidt-Stiftung gleicht Einnahme und Ausgabe mit 33 500 Mk. aus. Der Haushaltsplan wird genehmigt. — Berichterst. Stv. Brömme.

Mit 4100 Mk. in Einnahme und Ausgabe schließt der Haushaltsplan der Kaiser-Wilhelm und Kaiserin-Augusta-Viktoria-Stiftung ab. Er wird angenommen. — Berichterst. Stv. Busse.

Einen Zuschuß von 2 987 588,45 Mk. erfordert Kapitel V des Haushaltsplanes: Kapital- und Schuldenverwaltung, denn einer Ausgabe von 5 208 895,59 Mk. steht nur eine Einnahme von 2 221 307,14 Mk. gegenüber. Der Etat wird genehmigt. — Berichterst. Stv. Manschewski.

Die Allgemeine Verwaltung (Kapitel VI des Haushaltsplanes) weist eine Ausgabe von 4 262 700 Mk. auf, darunter zum ersten Male 40 000 Mk. als Entschädigung an die Stadtverordneten für die Teilnahme an den Sitzungen; dieser Ausgabe stehen nur 135 000 Mk. Einnahme gegenüber. Es ist also ein Gesamtzuschuß von 4 127 000 Mk. erforderlich. Der Haushaltsausschuß hat diesen Etat einstimmig genehmigt, dafür tritt auch der Berichterstatter Stv. Kleeis ein. Der Umstand, daß in diesen Haushaltsplan der allgemeinen Verwaltung die Gehälter sämtlicher Magistratsmitglieder beschlossen sind, gab Anlaß zu einem

Vorstoß der Unabhängigen gegen die beiden Bürgermeister, den Stadtschulrat Brendel und Stadtrat Tepelmann.

Stv. Hildebrandt (U. S.) nimmt das Wort, „um in Uebereinstimmung mit seinen Genossen die Tätigkeit einiger Beamten" zu besprechen. Der Herr Oberbürgermeister hat im Herrenhause keine liberale Haltung eingenommen. Und als die Vaterlandspartei gegründet wurde, da hat er die Geschmacklosigkeit besessen, sich in dieser Partei besonders zu betätigen. Er hat hierbei auch seinen Einfluß auf die Beamten ausgeübt. Das verurteilen wir aufs schärfste. Der Oberbürgermeister hat die Aufgabe, die Beschlüsse der Stadtverordneten auszuführen. Der Redner verliest hierauf einen Schriftwechsel zwischen der Regierung in Merseburg und dem Herrn Oberbürgermeister, in dem es sich um Bestätigung oder Nichtbestätigung der Wahl des heutigen Stadtverordnetenvorstehers Hennig zum Mitgliede der Schuldeputation handelte und um dessen Charakterschilderung. Diese Angelegenheit ist vor einigen Monaten im „Volksblatt" bereits ausführlich behandelt worden. Die Sache spielt 1917 und 1918. „Die Polizeiverwaltung hat in den Jahren gewütet, daß es grauenhaft ist," bemerkt der Sprecher. Ferner bemängelt Stv. Hildebrandt, daß der Herr Oberbürgermeister den Staatsanwalt Koennemann zum Polizeileiter bestellt habe, der im „Klüberprozeß" den Unabhängigen schlimm mitgespielt hätte.

Auch Herrn Bürgermeister Seydel nimmt der Redner vor, dem er Schuld gibt, daß die Polizeibeamten bei dem Ins-Lebentreten des Bürgerstreiks mitgehalten hätten. Die Plünderungen sind nicht von den Unabhängigen organisiert, sondern die unlauteren Elemente sind von Ihnen (zur rechten Seite gewendet) aufgepäppelt worden.

Der stellvertretende Vorsteher Stv. Dr. Keil weist eine derartige Apostrophierung der anderen Seite des Hauses zurück.

Stv. Hildebrandt fährt in seinen Ausführungen fort. Die beiden Bürgermeister haben unser Vertrauen verloren, denn sie haben sich den von der Revolution geschaffenen Verhältnissen nicht angepaßt. Das Gehalt müssen wir versagen.

Oberbürgermeister Dr. Rive: Der Herr Vorredner hat gesagt, das Gehalt müßte mir versagt werden. Er müßte mir und anderen Magistratsmitgliedern auch das Vertrauen versagen. Wenn ich jetzt rede, so könnte es den Anschein gewinnen, als wollte ich mir durch die Worte das Vertrauen eines Teiles der Stadtverordneten verschaffen. Aber wenn ich hier spreche, so tue ich es, um zu den einzelnen Dingen zu sprechen, nicht um mein Gehalt zu retten. Ich stehe hier 13 Jahre (Beifall). Vielleicht sage ich auch: leider, aber meine gute Erziehung und die guten Sitten hindern mich, Ihnen das ins Gesicht zu sagen, was ich denke. Ich meine, es wäre besser gewesen, wenn der Vorredner die Magistratsmitglieder davon benachrichtigt hätte, was er beabsichtigte und Ihnen unter Angabe der beanstandeten Punkte seine Beschuldigungen mitgeteilt hätte. Das ist nicht geschehen. Wenn man nun in allen Beziehungen so reinen Gewissens ist wie ich und meine Magistratskollegen, dann kann man nie wissen, welche Punkte gegen sie vorgenommen werden. Es wäre ritterlicher gewesen, in solcher Weise zu verfahren. Der Herr Vorredner hat wiederholt den Ausdruck „Geschmacklosigkeit" gebraucht. Ich möchte demgegenüber prüfen lassen, in welcher Weise er seinen Geschmack gebildet hat. Er hat mich mit seinen Beschuldigungen überfallen, und so nehme ich dazu Stellung, wie das der Augenblick ermöglicht. Der Vorredner hat meine Reden im Herrenhause berührt. Es ist mir nur zu begreiflich, daß das Herrenhaus für ihn und seine Freunde ein sehr willkommenes Objekt ist. Ich kann nicht verlangen, daß ich in meiner Tätigkeit als Herrenhausmitglied das Wohlwollen der Sozialdemokraten hätte finden sollen. Wie hätte ich 1906 und die folgenden Jahre auch ahnen sollen, daß es einmal so kommen würde. Oder sollte ich meine Stellung je einrichten, wie es der Herr Vorredner und seine Freunde für gut befunden hätten? Oder hat der Oberbürgermeister das Recht der politischen Meinungsfreiheit? Sie schweigen! Sie wissen keine Antwort. Auch der Oberbürgermeister hatte das Recht seiner politischen Ueberzeugungsfreiheit damals ebenso wie heute. Und wenn er ihr Ausdruck gab, so war das sein Recht und seine Pflicht. Und dieses habe ich getan. Ich bin niemals einen Schritt von meiner Anschauung abgewichen, ob ich dem einen gefallen habe oder nicht. Ich hätte mich verachtet, wenn ich Reden im Herrenhause gehalten hätte lediglich meinen Mitbürgern zuliebe. So aber muten Sie mir zu, Sie, die immer von Gesinnung reden, und anderen Gesinnungslosigkeit zum Vorwurf machen, daß ich etwas sage, was meiner Ueberzeugung widerspricht. Ich bin im Herrenhause der liberalen Partei beigetreten. Nun wirft mir der Vorredner vor, ich hätte immer in vorderster Linie der reaktionären Parteien im Herrenhause gestanden. Woher weiß er das? Er sagt, daß die Reden aus dem Herrenhause ihm nicht zu Gesicht gekommen sind. Woher kennt er sie also? Fast möchte ich glauben, daß er für seine Wissenschaft Beziehungen zu hohen und höchsten und erlauchten Stellen gehabt hat. Es ist vorgekommen, daß ich gelegentlich auch mit den Konservativen gestimmt habe und in anderen Dingen wieder den Liberalen beigetreten bin, wie ich es für meine Pflicht gehalten habe. Den Nachweis sollen Sie mir bringen, daß ich immer in der vorderstn Reihe der Reaktionäre gestanden hätte. Meine Reden haben Sie eben nicht gelesen. Oder vielleicht in der von Ihnen so bevorzugten „Saale-Zeitung". Da sind auch Aussätze gekommen, aber Aussätze sehr sonderbarer Art. Doch das mag vergangen sein. Meine letzte Rede im Herrenhause ist 1917 gehalten worden, über den alten Polizeigeist, die sie sich einmal vornehmen sollen, da würden Sie mit Ihren Ausführungen mehr Ehre eingelegt haben. Aber das haben Sie nicht getan.

Der zweite Punkt Ihrer Ausstellungen betrifft die Vaterlandspartei. Ich habe nicht gefragt, ob das den Sozialdemokraten gefällt, den Liberalen oder den Demokraten. Sie können sagen, ich habe mich geirrt, aber was ich getan habe, ist aus besster Liebe zum Vaterlande getan worden. Sie nennen das eine Geschmacklosigkeit. Diese Bezeichnung richtet sich selbst. So viele Tausende haben sich im selben Irrtum befunden gegenüber der Vaterlandspartei wie ich. Ich kann mir also daraus keinen Vorwurf machen. Nun kommt der Fall des Herrn Hennig. Der Verredner wollte meinen Bericht an die Regierung erst auszugsweise verlesen. Nun muß ich Sie fragen: Ist von dem Standpunkte der Sachlichkeit aus nach allen Richtungen etwas einzuwenden. Der ganze Brief spricht das aus, wie er als vollständiger Bericht geschrieben werden mußte. Freiwillig habe ich das nicht getan. Der Magistrat hat den Beschluß der Stadtverordneten ausgeführt. Er hat bei der Regierung die Bestätigung Hennigs nachgesucht. Nun macht der Vorredner den feinen Unterschied, der Oberbürgermeister wäre auch verpflichtet gewesen, den Beschluß auszuführen. Tatsächlich war aber nur der Magistrat beauftragt zur Ausführung des Beschlusses. Der Oberbürgermeister ist als staatlich beauftragter Beamter angefragt worden, welche Meinung hat Du über den Betreffenden. Dieser Pflicht ist er nachgekommen. Er hatte das zu schreiben, was seine Ueberzeugung war. Hat er das getan, so hat er sich auch nicht vor der Oeffentlichkeit zu scheuen. Ich muß beklagen, daß somit eine persönliche Gegenüberstellung des jetzigen Stadtverordnetenvorstehers und des Oberbürgermeisters erfolgt ist. Wäre der Stadtverordnetenvorsteher noch Stadtverordneter allein, so wäre diese Gegenüberstellung minder peinlich. Ich bin aber nach wie vor der Meinung, daß ich meine Pflicht nicht verletzt habe.

Das Thema Polizei hätte Zeit gehabt bis zur Beratung des Kapitels VII. Da stehe ich wieder zur Verfügung. Aber Herr Hildebrandt wollte das alles vorbringen, was mich irgendwie belasten könnte. Das dient doch nur der politischen Tendenz. Ich bin das Subjekt, das Objekt ist eine ganz andere Sache.

Es ist davon die Rede gewesen, die Polizei habe grauenhaft gewütet in der Zeit des Krieges unter dem Einfluß des Generalkommandos. Der Redner hat aber auch hier wieder nicht die erforderliche Kenntnis von der damaligen Stellung der Polizei. Keine andere Polizeiverwaltung im Deutschen Reiche hatte unter dem Generalkommando so zu leiden wie Halle. Hier sind wir manchmal bis zur letzten Grenze der Geduld gekommen. Die Bürger hatten bei weitem nicht so zu leiden wie die Verwaltung. Was würde mit der Polizei geschehen sein, wenn sie den Anordnungen des Generalkommandos Widerstand geleistet hätte? Nun steht die Berufung des Gerichtsassessors Koennemann dem Vorredner ebenfalls nicht an. Was liegt gegen ihn vor? Gegen ihn wird der Vorwurf erhoben, daß er in dem Klüberprozeß die Anklage vertreten hat. Damit hat er aber nur seine Pflicht erfüllt. Soll er denn nun deswegen ungeeignet für die Polizei sein? Aber die Berufung ist schon sehr viel früher geschehen, ehe vom Klüberprozeß die Rede war. Oder wollen Sie den Vorwurf erheben, daß er Rechte verletzt habe? Uns kam es darauf an, jemand zu gewinnen, der aus zivilen Verhältnissen gekommen ist und damit die Polizei ihres exekutiv-politischen Charakters entkleidete. Er brachte die beste Qualifikation und gute Empfehlungen mit. Welcher Vorwurf daraus der Polizeiverwaltung gemacht werden kann, ist unbegreiflich.

Dann ist der Oberbürgermeister von dem Vorredner mit den Noskeltruppen und den Plünderungen

in Verbindung gebracht worden. Der Vorredner behauptet, es war Ruhe in der Stadt Halle vor dem Einmarsch der Truppen. Die Mitglieder des Stadtverordnetenkollegiums aber haben sich über den Begriff Ruhe in damaliger Zeit sehr gründlich auseinandergesetzt. Die auf der linken Seite meinten, es herrsche Ruhe. Die anderen meinten, diese Ruhe sei nur scheinbar. Die Ruhe war so vorbereitet, daß Tumulte die Folge waren. Ich brauche dazu keine Stellung zu nehmen. Der Vorredner sagt, wer die Noskeltruppen herbeigerufen hat, wisse er nicht. Damit ist ein versteckter Vorwurf gegen uns gerichtet worden. Die Herrschaften sagen, sie sind überrascht worden. Die Stadtverwaltung auch. Weiter wird den Bürgermeistern vorgeworfen, daß sie nicht Maercker gesagt haben, hier herrscht Ordnung, er soll sich zurückziehen. Ich hätte nur gewünscht, der Vorredner wäre in dieser Lage gewesen. Ich habe den Gang tun wollen. Es sind aber welche gewesen, die Ihnen nahegestanden haben, die mich zwangsweise davon abgehalten haben. Ich habe versucht, zum General Maercker zu dringen, aber es war mir nicht möglich, zu ihm zu kommen. Aber vielleicht hätte der Vorredner Leute gefunden, die ihn geschützt hätten, damit er zum General Maercker gehen könne. Mir ist der Vorwurf gemacht worden, daß ich nicht schleunig vorgetreten bin. Meine Wohnung ist dreimal gestürmt worden. Wäre es da nicht Sache des Vorredners und seiner Freunde gewesen, den Stürmenden zu sagen: Ihr dürft die Wohnung nicht erbrechen? Aber nichts derartiges ist geschehen. Sie verlangen von uns, daß wir alles hätten tun sollen, und Sie selbst haben nicht das Geringste getan. Ueber den Antrag des Vorredners muß ich lachen. Er berührt mich und meine Kollegen gar nicht. Sie werden ja in absehbarer Zeit die gesetzliche Möglichkeit bekommen, sich mit uns auseinanderzusetzen, uns das Gehalt nicht zu bewilligen. Sie sagen, Sie haben das Vertrauen zu mir verloren. Aber warten Sie ab, was ich tun werde, ob ich Vertrauen zu Ihnen habe.

Stadtrat Dr. Tepelmann: Die Rede des Herrn Hildebrandt war von keiner Sachkenntnis getrübt. Er ist durchaus nicht unterrichtet. Er hat keine Ahnung davon, wie die Kriegswohlfahrtspflege hier ausgeübt worden ist. Sie ist in einem solchen Umfange, wie in nur wenigen Städten, durchgeführt worden. Die Ausgaben für die Armenpflege haben wir wiederholt ganz erheblich erhöht. Die Armenpfleger haben durch auch ihre Pflicht erfüllt. Herr Hildebrandt überschätzt auch meine Stellung, als ob ich über 400 Personen nur zu gebieten hätte. In meinem Gewissen bin ich vollkommen rein. Bezeichnend ist es auch, daß das „Volksblatt" während der ganzen Jahre keine erheblichen Ausstellungen gegen mich gemacht hat.

Bürgermeister Seydel: Ich bin mir bewußt gewesen, meine Pflicht getan zu haben. Mir wird zum Vorwurf gemacht, daß ein Aufruf an die Bevölkerung gegen den Schmachfrieden veröffentlicht worden ist. Aber damit ist nur den innersten verzweifelnsten Empfindungen weiter Volkskreise Rechnung getragen worden. Es ist eine Geschmacklosigkeit, eine ganz direkte Geschmacksverirrung, wenn gesagt wird, wir hätten nicht an die Leute gedacht, die die Opfer der Hungerblockade geworden sind, als wir uns gegen den Gewaltfrieden wehrten. Im übrigen möchte ich sagen, daß das, was der Vorredner gegen den Aufruf wider den Schmachfrieden vorgebracht hat, sich nicht gegen den Oberbürgermeister und, wie fast alle Bürger der Stadt sagen, daß ich ganz überrascht von dem Erscheinen der Maerckerschen Truppen war. Ich merkte davon erst etwas, als der Spektakel losging.

Stv. Kleeis (S. Fr.): Ich habe nicht die Absicht, in das Intermezzo einzugreifen. Ich möchte nur allgemein sagen, daß verschiedenes, was Hildebrandt vorbrachte, nicht unberechtigt ist daß er aber über das Ziel hinausgeschossen hat. Dazu gehören seine Auslassungen über den Generalstreik. Ueber das Armenwesen wird zu reden sein, wenn dieser Etat zur Debatte steht. Dem Hildebrandtschen Antrag können ich und meine Freunde nicht zustimmen. Wir haben im Haushaltsausschuß dem Kapitel über die allgemeine Verwaltung zugestimmt, so daß es heute uns schwer angehen würde, dagegen zu stimmen. Das würde auch eine ganz leere Demonstration sein, da die Magistratsmitglieder im Amte bleiben würden und ebenso das Gehalt zu erhalten hätten. Der Redner stellt folgenden Antrag und empfiehlt ihn dem Rechts- und Verfassungsausschuß zu überweisen.

„Gemäß § 59 der Städteordnung ist eine aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung bestehende Verwaltungsdeputation zu errichten. Dieselbe hat die im § 56 Ziff. 6 der Städteordnung dem Magistrat übertragenen Aufgaben, insbesondere die Anstellung der Gemeindebeamten vorzubereiten und die allgemeine Verwaltung der städtischen Angelegenheiten entsprechend dem § 59 der Städteordnung zu beaufsichtigen."

Stv. Hildebrandt (U. S.) wiederholt im wesentlichen seine früheren Ausstellungen und Ausfälle. Darauf nimmt abermals das Wort

Oberbürgermeister Dr. Rive: Der Vorredner hat in seiner Erwiderung doch verschiedenes anders erscheinen lassen, als in seiner ersten Rede. Sein Verhalten hat einige Milderungen aufzuweisen. Und wenn er weiter dazu Gelegenheit hat, kommt er vielleicht noch dazu, mir mein Gehalt zu bewilligen. (Heiterkeit.) Von meinem Gehalt muß ich sagen, daß ich es zur Hälfte bereits habe. Also bis 1 Oktober ist keine Sorge. Der Vorredner kennt die Reden nicht, die ich im Herrenhause gehalten habe, aber er verurteilt sie. 1917 sagt er, hätte ich einige Reden gehalten, aber ich habe doch bloß die eine gehalten über den Polizeigeist, und die hat seinen Beifall gefunden. Bezüglich der Vaterlandspartei konnte er mir nicht den bestimmten Vorwurf machen, daß ich die Beamten beeinflußt hätte. Da sagt er, der Apparat hat funktioniert. Ich fordere Sie auf, mir den Beamten zu nennen, den ich zum Beitritt aufgefordert habe, und ich fordere jeden städtischen Beamten auf, zu sagen, ob ich einen solchen Einfluß ausgeübt habe, oder daß ich mir Gefälligkeitsdienste leisten wollte. Die Angelegenheit der Vaterlandspartei habe ich aus

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190722022/fragment/page=0001

meines privaten und amtlichen Aeußerungen gegenüber den Beamten völlig ausgeschieden. Was den Fall Hennig betrifft, so habe ich gesagt, ich hatte als Vorsitzender des Magistrats zu handeln. Und als solcher habe ich die Bestätigung beantragt. Als ich als Vorsitzender angeklagt wurde, mich über die Persönlichkeit Hennigs zu äußern, da hatte ich das nicht, wie der Vorredner meint, als Privatperson zu tun, sondern gemäß § 62 der Städteordnung als beauftragter staatlicher Beamter. So erklärt sich des Vorredners Behauptung aus seiner Unkenntnis der Sachlage. Nun macht der Vorredner die ganz verstoßene Bemerkung, die Entfernung zwischen Berlin und Halle betrüge nur zwei Stunden. Er hat nicht den Mut oder die Aufrichtigkeit, zu sagen, was er damit meint. Wollten Sie sagen, ich hätte zu dem Zwecke im Herrenhause gesprochen, um ein Staatsamt zu erlangen? Ich habe nicht den Wunsch gehabt, hier meine Stellung zu verlassen, so leid sie mir tat. Ich habe immer gerade heraus gesagt, was ich meine. Sie erlauben sich aber ein Urteil über mich, obgleich Sie mich gar nicht kennen. Trotzdem sagen Sie, Sie können mir Ihr Vertrauen nicht schenken. Behalten Sie es! Herr Hildebrandt verlangt von mir Anerkennung seiner Wahrhaftigkeit. Ich bestreite sie ihm nicht. Aber es war am 7 Januar, da spielte sich der Vorgang ab, von dem Herr Hildebrandt wahrscheinlich Genaueres weiß, wo eine wilderregte Menge ins Rathaus eindrang. Ich war nicht da, ich war an diesem Tage auswärts Herr Bürgermeister Seydel mußte erscheinen. Matrosen waren zugegen. Herr Hildebrandt, waren Sie auch da. In meine Wohnung sind in einem Auto angekommene Matrosen gestürmt und haben gerufen: Wo ist der Bürgermeister? Er muß jetzt mit uns ins Rathaus. Das ist auch Gewalt gewesen, Gewalt gegen mich, die damals verübt wurde. Nun, die Führer der Menge von damals, die mich gewaltsam nach dem Rathaus bringen wollte, werden mich jetzt beschützen. Das beruhigt mich.

Die Magistratsmitglieder sind, was Herr Hildebrandt auch angeführt hat, geladen worden, um über Killan und andere auszusagen. Unsere Akten sind beschlagnahmt worden und aus diesen Akten scheint nun das Verfahren gegen diese eingeleitet worden zu sein Die Magistratsmitglieder sind vernommen worden.

So lange wir im Amte sind, werden wir der Allgemeinheit dienen, wie es unserer Pflicht entspricht Wenn wir darin Ihr Einverständnis nicht gewinnen können, so bedauern wir das.

Bürgermeister Seydel: Jetzt erst ist Herr Hildebrandt mit seinem wirklichen Trick gekommen. Ich habe mich nicht zur Vernehmung als Zeuge gedrängt, aber ich habe die selbstverständliche staatsbürgerliche Pflicht, mein Zeugnis abzulegen Tatsache ist, wenn ich damals nicht aus dem Rathaus herabgekommen wäre, dann wäre das eingetreten, was mir damals Herr Hildebrandt in Aussicht stellte: Denn würden mich die Matrosen holen. Als ich herabgekommen war, erschienen auch die Matrosen, um mich zu holen. (Hört!) Wenn es nach mir ginge, fielen diese Dinge der Vergessenheit anheim.

Stadtrat Dr. Tepelmann widerlegt ebenfalls nochmals die Einwände, die gegen seine Amtsführung gemacht worden sind.

Namens der Deutschnationalen Fraktion verliest Herr Stv. Steinbrück eine Erklärung, worin die Fraktion den Magistratsmitgliedern, insonderheit Herrn Oberbürgermeister Rive, ihre volle Anerkennung und den Dank für die pflichttreue Arbeit, die die Herren der Stadt geleistet haben, ausspricht.

Herr Stv. Albrecht (Unabhängig) führt aus, daß seine Parteigenossen zwar im Haushaltsausschuß die Gehälter sämtlicher Magistratsmitglieder bewilligt hätten, aber die Fraktion habe diesen Beschluß beanstandet.

Namens der Deutsch-demokratischen Fraktion verliest Herr Stv. Herzfeld eine Erklärung, worin es heißt:

Wenn auch die Fraktion nicht mit allen Maßnahmen des Magistrats, insonderheit seines Dirigenten, einverstanden ist, so sieht sie sich doch nicht veranlaßt, ihm das Vertrauen zu entziehen und die Bewilligung der Gehälter abzulehnen.

Bei der Abstimmung werden 24 Stimmen für die Ablehnung der Gehälter abgegeben, 32 dagegen.

Der Antrag der Unabhängigen ist also gefallen.

Dafür haben nur die Unabhängigen gestimmt.

Herr Stv Balke stellt nunmehr angesichts der vorgerückten Stunde einen Antrag auf Vertagung der Sitzung. Die Versammlung erledigt jedoch noch die Kapitel Fachschulen und Stadttheater, über die Herr Stv. Bock berichtet. Beide Kapitel werden angenommen.

Ferner werden als Exlvorlage 13 000 M. für den Gasanschluß der Kleinwohnungen an Roßplatz bewilligt. (Ref. Herr Stv. Reiwand)

Desgleichen bewilligte die Versammlung 306 107 M. als Anteil der Stadt zu Ueberteuerungskosten für 29 Einfamilienhäuser am Mühlrain und 47 Kleinwohnungen am Bergmannstroß. (Ref Frl. Stv. Lange, Deutsch-demokr.)

Um ½10 Uhr werden die Verhandlungen abgebrochen.

Kommenden Freitag soll eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung abgehalten werden.

Tarifbewegung der Bankbeamten.

Wir erhalten seitens der Vereinigung Hallischer Bankfirmen folgende Zuschrift:

Nach den durch die Presse gegangenen Referaten über die Versammlung der Bankangestellten am 18. d. Monats im Nikolaus wurde den Bankherren seitens der Tarifkommission der Angestellten der Vorwurf gemacht, daß sie kein Verständnis für die Forderungen der Angestellten und keinerlei Entgegenkommen gezeigt hätten. Demgegenüber sieht sich die Vereinigung Hallischer Bankfirmen zu folgender Erklärung veranlaßt:

Der Deutsche Bankbeamten-Verein, Zweigverein Halle a. S., und die Ortsgruppe des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankbeamten hatten bereits am 25. November v. J. an die Vereinigung Hallischer Bankfirmen bestimmte Forderungen zur Verbesserung ihrer sozialen Lage gestellt, über die eine Einigung erzielt wurde. Die beiden Organisationen erklärten mit Schreiben vom 30. Dezember 1918, mit Dank davon Kenntnis genommen zu haben, daß die Vereinigung ihren Anregungen Folge gegeben habe. Auch bezüglich der durchgehenden Arbeitszeit dankte der Deutsche Beamtenverein am 10. April der Vereinigung für das Eingehen auf seine Wünsche. Einer Einladung der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände und des Gewerkschaftsbundes Kaufmännischer Angestellten vom 21. Mai zu einer gemeinsamen Tarifberatung am 28. Mai hatte die Bankenvereinigung keine Veranlassung Folge zu geben, da ihr von beiden hiesigen Bankbeamtenvereinen, mit denen sie bisher ausschließlich verhandelt hatte, keinerlei Mitteilung von ihrem Beitritt zu diesen Organisationen gemacht worden war. Auf Grund einer erneuten Aufforderung der letzteren vom 8. Juli, sich an den Tarifverhandlungen sofort zu beteiligen, wählte die Vereinigung eine Kommission, die an den am nächsten Tage in der Handelskammer gepflogenen Verhandlungen teilnahm und in Verfolg des Beschlusses dieser Versammlung mit der Tarifkommission der Bankangestellten unmittelbar in Verhandlung trat. Diese Verhandlungen dauern also noch keine 14 Tage, ein Zeitraum, der bei der Fülle der Wünsche der Angestellten, bei deren Bedeutung für die Banken und für das gesamte Wirtschaftsleben, bei der Schwierigkeit des Stoffes für die Kommissionsmitglieder, die sich erst mit ihm vertraut machen müssen und — nicht nur nebenbei — auch andere Arbeiten und Sorgen haben, bei der Schwerfälligkeit, mit der die Vereinigung, deren Mitglieder sich erst wieder mit ihren Sozien und Kollegen besprechen müssen, arbeiten kann, im Verhältnis zu dem Erreichten ein äußerst kurzer genannt werden darf. Und was wurde in diesem Zeitraum erreicht?

Restlose Annahme der meisten Paragraphen des Tarifentwurfes der Angestellten, Einigung über die Bezahlung der weiblichen Angestellten, über die Lehrzeit und die Anzahl der Lehrlinge im Bankgeschäfte, über die Zahlung von monatlichen Aufwandsentschädigungen an Lehrlinge, über die Tarifierung der Mindestgehälter nach Lebensjahren statt nach Leistungen oder Berufsjahren, über die 7stündige Arbeitszeit, über die Anrechnung der Berufstätigkeit ohne vorhergegangene Lehrzeit in einem Bankgeschäfte, über die Bezahlung der Ueberstunden, über eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe, über die rückwirkende Kraft des Tarifs. Auch über die Tarifsätze selbst wurde zuletzt noch auf Grund unserer Gegenvorschläge eine Einigung erzielt. Daß die Arbeitgeber im Bankgewerbe den ihnen vorgelegten Tarif, der nur z. T. auf Grundlage des Wertes der Leistungen, im übrigen aber auf der durchaus ungeeigneten und die Bankfirmen schwer belastenden Bemessungsgrundlage des Wertes der Leistungen, dem Lebensalter, aufgebaut ist, daß sie diesen Tarif bei der Höhe seiner Mindestsätze annehmen würden, konnten die Angestellten füglich nicht erwarten. Gleichwohl hat man die Tarifierung nach dem Lebensalter unter Ermäßigung der Mindestsätze auf einer angemessenen Höhe, die im großen und ganzen auf der Höhe des Tarifs der Industrie und des Handels bleibt, zugestanden. Daß man letzten Endes die Arbeit eines noch nicht 18jährigen Mädchens, die nicht zur Erlangung des Existenzminimums, sondern zur Entlastung des elterlichen Budgets und im Interesse ihrer Weiterbildung geringwertige mechanische Schreibarbeiten leistet, nicht mit mindestens 2700 Mark, die Arbeit eines über 35 Jahre alten Buchhalters in gehobener Stellung (also nicht einmal eines Prokuristen) nicht mit mindestens 12 600 M.k., dem Gehalt eines 60jährigen Oberlandesgerichtspräsidenten, entlohnen kann, wird man begreiflich finden. Gleichwohl hat man jener einen Mindestgehalt von 2100 Mark (Abz. 10 Prozent) und diesem ein solches von 9600 Mark zugestanden. Die Schlußforderungen der Angestellten wurden mit einer Ausnahme sämtlich genehmigt. Diese Ausnahme betrifft die erneute Forderung einer Weihnachtsgratifikation in Höhe eines Monatsgehaltes. Sie mußte mit Rücksicht auf den Paragraph 13 des Tarifentwurfes der Angestellten, der eine Teilung der Mindestgehälter in verschiedene Arten von Einnahmen als unzulässig erklärt, abgelehnt werden.

Die Vereinigung Hallischer Bankfirmen bedauert die einseitige Darstellung der bisherigen Verhandlungen der Tarifkommissionen in der letzten Angestelltenversammlung und in der Presse und überläßt das Urteil über die Schuld an etwaigen weiteren Folgen der Allgemeinheit. Nach Ueberreichung der letzten Beschlüsse der Bankenvereinigung hat die Tarifkommission der Angestellten keinen Wunsch zu einer erneuten mündlichen Verhandlung geäußert. Der Vorwurf des Mangels an Verständnis und Entgegenkommen für die Forderungen der Angestellten muß seitens der Hallischen Bankfirmen mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Ein Trugbild ward aufgerichtet.

Den Kennern der englischen und französischen Volksseele war es von vornherein zweifelhaft, ob die Sozialisten Englands und Frankreichs am 21 Juli in einen Streit eintreten würden — sei es auch nur für einen Tag — um gegen die Vergewaltigung Deutschlands durch den Friedensvertrag zu protestieren. Der deutsche Michel aber, der bei den Unabhängigen Abteiegquartier genommen hat, glaubte an das Märchen, das ihm von drüben her erzählt wurde, und er beschloß, ebenfalls zu streiken. Das nannte er einen Sympathiestreik für die Haltung der Genossen in den Ententeländern und er setzte sich in einen Rausch von Begeisterung für den internationalen Sozialismus und für die Weltverbrüderung. In Reden, die heute vormittag von einer Altane des Rathauses und vom Balkon der Restauration zur Börse aus dem Munde von auswärtigen Rednern herabklangen, verkündete Michel den Leuten auf dem Marktplatze das Heil, das von der Internationalität, vom internationalen Sozialismus und vom Proletariat der ganzen Welt ausgeht. Und ein vorahnender Schildermaler hatte bereits eine Tafel, die im Zuge mitgeführt wurde, mit einem Hoch auf die Weltrepublik beschrieben. Michel hofft auf die Weltrepublik und: Hoffen und Harren, macht manchen zum Narren!

Die englischen und französischen Sozialisten pfeifen auf die Verbrüderung mit den deutschen Genossen, die ihnen ihre Freundschaft durch einen Sympathiestreik am 21. Juli aufdrängen wollten. Die Engländer wiesen die bekannte kalte Schulter und die Franzosen haben ihre Kundgebung zunächst auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Italiener aber waren sich noch gar nicht einig darüber, ob sie für die Weltverbrüderung in einen Streik eintreten wollten Unsere Unabhängigen und Kommunisten aber sind auf den Zauber hineingefallen Einmal in den pomphaften Ankündigungen, dann in der Aufmachung am Montag selbst und insbesondere in den schon erwähnten Reden von der alleinseligmachenden Internationalität. Darum sind Millionenwerte nicht erarbeitet worden die wir so notwendig brauchen, darum mußte das aus tausend Wunden blutende Wirtschaftsleben von neuem gegeißelt werden.

Oder hatte die ganze Veranstaltung nur den Zweck — fast scheint es so —, daß die Massen fester vor den Parteikarren gespannt werden sollten? Hatte man die angebliche und doch nicht zur Ausführung gekommene Absicht der Entente-Genossen lediglich zum Vorwande genommen, um das eigene Geschäftchen zu machen? Mag jeder sich seine eigenen Gedanken hierüber machen. Michels Glaube an die Weltrevolution und ihren Sieg dürfte noch dem die deutschen Genossen verhöhnenden Verhalten der Entente-Sozialisten immerhin einen kleinen Stoß erhalten haben.

Ueber die Veranstaltung selbst ist nur noch wenig zu sagen. An dem Demonstrationsstreik beteiligten sich in der Hauptsache die industriellen Arbeiter, was zur Folge hatte, daß auch die Angestellten feiern mußten, die nun, und ebenfalls viele Arbeiter, die Gelegenheit zu einem kleinen Bummel benutzten und dann auf dem Marktplatze den Aufzug mit ansehen und die Völkerverbrüderungsreden anhörten. Im übrigen ging die bürgerliche Hantierung ruhig weiter. Von der brausenden Leidenschaftlichkeit der ersten Tage der Revolution war in der Menge ganz und gar nichts zu bemerken; man kann sagen, die Veranstaltung hatte sogar etwas Spießbürgerliches. Auf dem Roßplatze sammelten sich einige Tausend Menschen, darunter auch ein Zug von etlichen 40 Leuten in dem hoffnungsvollen Alter von 14—17 Jahren, und marschierten dann mit roten Fahnen und Schilden, unter den Klängen von Musikkapellen, denen es vorläufig noch an revolutionären Weisen gebricht, durch die Magdeburger, Leipziger Straße, Neue Promenade, Moritzzwinger, Hallorenstraße, Hallmarkt nach dem Marktplatze. Vom Balkon der „Börse" sprach das Nationalversammlungsmitglied Brodt, vom Rathause aus der neue Arbeitersekretär Lemk, auf dem Hallmarkt Herr Hildebrandt. Der Arbeiterjugendverbund sang zwischenein Revolutionslieder. Als der Mittag herangekommen war, eilte alles dem heimischen Herde zu. Das mußte zu Fuß geschehen, denn die Straßenbahn fuhr nicht, während der Eisenbahnverkehr aufrechterhalten wurde. Die auf den Gaskocher angewiesenen Haushaltungen mußten sich mit kaltem Mittagessen begnügen.

Postverkehr mit Polen. Von jetzt ab sind nach dem von den Polen besetzten Teil der Provinz Posen gewöhnliche offene Briefsendungen auf dem Wege über Wien—Warschau gegen die Auslandsgebühr zugelassen. Die Wiederaufnahme des unmittelbaren Eisenbahn- und Postverkehrs ist in nächster Zeit zu erwarten.

Für die britische Zone der besetzten deutschen Rheingebiete sind die bisherigen Beschränkungen in der Ein- und Ausfuhr von Waren in Paketen mit der Post mit folgenden Ausnahmen aufgehoben worden. Verboten sind nur noch: a) die Ein- und Ausfuhr von Waffen, Munition und Kriegsbedarf; dieses Verbot bezieht sich nicht auf Jagdwaffen und Jagdmunition b) die Ausfuhr — aus der britischen Zone — von Farbstoffen, Chemikalien, Platina, Gold, Silber, gemünztem Geld und ausländischen Werten. Die Beschränkungen für den Austausch von Geldbriefen und Wertpaketen bleiben zunächst noch für beide Richtungen in Kraft.

Die Fürsorgestelle für Lungenkranke, Salzgrafenstr. 1, teilt mit: Der Monat Juni brachte wieder eine höhere Inanspruchnahme. Die ärztlichen Sprechstunden wurden von 596, die Schwesternsprechstunden von 674 Personen besucht. An die Universitätskliniken wurden 23, an Kassenärzte 19 Personen zur Behandlung überwiesen Briefe gingen über 350 hinaus. In über 100 Fällen wurden Lebensmittelzulage vermittelt bezw. abgegeben. Impfungen auf Tuberkulose wurden 714 vorgenommen, Auswurfuntersuchungen 74 veranlaßt, Heilstättenkuren 34 angeregt Für Kinderheilstätten, Ferienkolonien, Soolbäder, Kinderhorte, Erholungsheime, Landaufenthalt wurden 48 Kinder in Vorschlag gebracht. Krankenhausaufnahmen wurden 4 veranlaßt. Wiederzuschüsse wurden in 28 Fällen weitergezahlt, offene Tuberkulosen wurden 190 überwacht. Sprechstunde ist in der Fürsorgestelle Werktags täglich von 3—4 Uhr außer des Sonnabends. Die Fürsorgestelle kann auch von Angehörigen des Mittelstandes in Anspruch genommen werden, wenn sie von ihren behandelnden Aerzten überwiesen werden. Besonders rege wurde unsere Röntgenabteilung in Anspruch genommen und zwar in diesem Monat von über 200 Personen. Zu sie kann jeder hallische Arzt Kranke zur Aufnahme eines Röntgenbildes überweisen. Sie ergänzt in vorzüglicher Weise die sonstige Diagostik. Im vorigen Bericht haben wir unserm Bedauern über die mangelhaften Zulage für die Lungenkranken Ausdruck gegeben. Wie wir inzwischen erfahren haben, hat daran die immermehr steigende, zeitweise sogar bedrohliche Schwierigkeit in der Lebensmittelversorgung der Stadt überhaupt Schuld getragen. Das Stadternährungsamt hat sich noch uns gewordenen Mitteilungen in jeder Weise bemüht, allen Anforderungen, die zu erfüllen sind, nachzukommen.

Walhalla-Operetten-Theater. „Ihre Hoheit, die Tänzerin" gelangt nur noch diese Woche zur Aufführung. Für die Tenorpartie wurde der Liebling der Hamburger, Herr Hermann Feiner, als Gast gewonnen. In Vorbereitung befindet sich der Operetten-Schwank „Die — oder keine" von Friedmann-Frederich und Rich Bars, Musik von Walter W Göhe. Dieses Werk gelangt hier zur Uraufführung und wird von Hermann Feiner einstudiert, der auch die Hauptrolle spielt.

Die Nr. 336 der „Saale-Zeitung" ist wegen des Streiks ausgefallen.

Provinzial-Nachrichten.

Camburg. 20. Juli. (Vom Starkstrom getötet.) Als der beim Elektrizitätswerk beschäftigte Elektromonteur Fischer bei Altlöbnitz eine Ausbesserung an der Leitung vornehmen wollte, brach ein Steigeisen. Bei dem Bestreben, einen festen Halt zu suchen kam Fischer mit den Drähten in Berührung und wurde vom Starkstrom getötet. Der Verunglückte, welcher aus Sieglitz stammt, hinterläßt eine Frau und zwei kleine Kinder.

Leipzig, 21. Juli. (Entdeckte Munitionslager.) Am 15. Juli sind in Rückmarsdorf im Schrebergarten des Maurers Eduard Paul Ahlendorf große Menge von M.-G.-Munitions-Patronenkästen sowie M.-G.-Zubehör bei einer vom Oberbefehlshaber Leipzig angeordneten Nachforschung aufgefunden worden. Die von militärischer Seite ausgesprochene, aber von gewissen Kreisen stets bestrittene Vermutung, daß in Leipzig und namentlich in den Vororten sich noch größere Munitionslager befinden, wird demnach bestätigt.

Torgau, 21. Juli. (Angestelltenstreik. Die Angestellten von Großhandel und Industrie des Kreises Torgau sind in den Sympathiestreik getreten, weil ihre Kollegen in einem Teil der größeren Firmen der Stadt infolge des Verlaufs der Tarifverhandlungen ihre sofortige Entlassung erhalten haben. Die Lebensmittelversorgung, sowie die Versorgung mit Elektrizität, Gas und Wasser ist durch die Führer sichergestellt.

Magdeburg, 21. Juli. (Zum Bau der Südbrücke.) Der Magistrat ersuchte die Stadtverordneten um Genehmigung zum Weiterbau der Südbrücke über die Elbe und um die Bewilligung der dazu notwendigen 4 Millionen Mark Mehrkosten gegen den Friedensanschlag.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport und Briefkasten: Heinrich Mieschner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Otto Bieler.
Druck und Verlag von Otto Hendel.

Unter den vielen Mitteln, die bei Rheumatismus, Gicht (Podagra), schlechter und fehlerhafter Blutbeschaffenheit, Blutarmut, Bleichsucht, Nervosität angewendet werden, sind die natürlichen Heilwässer seit Jahrhunderten geschätzt. Auch besonders die neueren Forschungen der Wissenschaft haben das Ergebnis hervorgebracht, daß den natürlichen Mineralwässern unbedingt eine hervorragende Stelle einzuräumen ist. Diese Erkenntnis hat sich erklärlicherweise auch auf die breite Masse des Publikums übertragen, wo man sich heute darüber einig ist, daß durch den Genuß der von der Natur dargebotenen Quellen die besten Erfolge herbeigeführt werden. Unter den Mineralwässern ist besonders der Lauchstädter Brunnen zu empfehlen. Der Brunnen ist kein neues Präparat, dessen Wirkung noch nicht ausprobiert ist, vielmehr stützen sich die mit ihm erzielten Erfolge auf eine mehr als 200jährige Erfahrung. Der Lauchstädter Brunnen hat den Vorzug, daß er angenehm und erfrischend schmeckt und im eigenen Heim ohne Rücksicht auf Beruf oder Geschäft getrunken werden kann. Man braucht keine teure Badereise zu machen, wenn man zu Hause mit der Familie frühmorgens, mittags und abends einige Gläser Brunnen trinkt.

Lauchstädter Brunnen ist in allen einschlägigen Geschäften zu kaufen. Man hüte sich vor Nachahmungen und verlange nur den echten „Lauchstädter Brunnen".

Haupt-Niederlage in Halle: Helmbold & Comp., Drogen- und Mineralbrunnenhandlung, Leipziger Straße 104, Fernsprecher Nr. 6094. — Lieferungen erfolgen frei Haus. —

Ein Beduine hatte ein Kamel verloren, und nachdem er lange vergeblich. Zu allen diesen Dingen aber bedarf es nur eines gegeben gesucht hatte, schwor er einen Eid, wenn er das Kamel einen Ewigkeits und Willens, eines miteinander Wirkens.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190722022/fragment/page=0002

[illegible] Personen durch die Neue Wilhelmstraße über den Karlsplatz in nördlicher Richtung unter fortwährenden Hochrufen auf die internationale Weltrevolution und Nieder mit Regierung!, Nieder mit Noske! Nach den bisherigen Darstellungen wurden drei Personen durch Schüsse verletzt. Eine Anzahl Personen, darunter mehrere Matrosen, wurde festgenommen. An anderen Stellen der Stadt kam es zu Zusammenstößen zwischen Fuhrwerksbesitzern, die ihre Wagen zur Beförderung von Personen benutzten und den Streikenden. Die Mehrheitssozialisten hielten nachmittags an 9 Stellen Versammlungen ab. Sie hatten die Parole abgegeben, die Arbeit nicht niederzulegen, weil jetzt jede Einstellung der Arbeit ein Verbrechen am Volke sei. Als die Mehrheitssozialisten vor dem einen der Versammlungslokale erschienen, waren bereits etwa 1500 Unabhängige dort versammelt. Sie wurden durch Militär zerstreut.

Die Wilhelmstraße in Berlin militärisch abgesperrt.

Berlin, 21. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Gegen 1 Uhr mittags erreichte die Spitze eines Demonstrationszuges, der sich, von verschiedenen Richtungen kommend, am Oranienburger Tor vereinigt hatte, die Straße Unter den Linden. Unter fortwährenden Hochrufen auf die internationale, sowie Rufen „Nieder mit der Regierung!“ und Absingung der Marseillaise, bewegte sich der Zug über die Linden, um in die Wilhelmstraße einzubiegen. Kurz hinter dem Hotel Adlon stieß er auf die erste militärische Absperrung. Maschinengewehre waren aufgestellt und Stoßtrupps mit Handgranaten, Gewehren und Revolvern standen zum Angriff bereit. Ein großes, weißes, über die Wilhelmstraße gespanntes Plakat trug in meterhohen Buchstaben die Aufschrift: Halt! Wer weiter geht, wird erschossen! Die Spitze des Zuges, die aus Straßenbahnangestellten in Uniform bestand, versuchte, mit der militärischen Wache zu parlamentieren, um den Durchzug zur Wilhelmstraße und zu den Regierungsgebäuden zu erlangen. Die Leute wurden aber kurzerhand abgewiesen, und als sie auf wiederholtes Auffordern nicht gehen wollten, kommandierte ein Leutnant: Fertigmachen zum Schuß! In diesem Augenblick wurden die Gewehre schußfertig auf die Menge gerichtet, ebenso die Maschinengewehre. Gleichzeitig kamen aus allen Richtungen zahlreiche Regierungssoldaten, zum Teil in Lastautos, mit Maschinengewehren und sprengten den Demonstrationszug. Wiederholt wurden dabei Schreckschüsse abgegeben. Gegen 1 Uhr mittags waren die Regierungstruppen an der Arbeit, die Linden von den Demonstranten zu säubern. Ernste Vorfälle sind nirgends vorgekommen. Die Regierungssoldaten waren in so großer Zahl vorhanden, daß ein Widerstand Wahnsinn gewesen wäre.

Der internationale Proteststreik.

WTB. Berlin, 21. Juli. Aus der „B. Z. a. M.“ ist zu entnehmen, daß, wie angekündigt, die Straßen- und die Untergrundbahn heute nicht verkehren. Dagegen befinden sich die Omnibusse im Betriebe, und auch die Stadt-, Ring- und Vorortbahnen fahren. Der gewaltige Andrang, wie in der Zeit des großen Verkehrsstreiks, war nicht festzustellen, da viele Großbetriebe feiern. In den städtischen Elektrizitätswerken ruht die Arbeit vollständig. Auch in den Gaswerken wird nicht gearbeitet. Aber die Gasversorgung ist darum heute doch nicht unterbrochen. Die Wasserversorgung hat keine Stockung erlitten. Zu einem Generalausstand hat sich der Streik nicht entwickelt. In den staatlichen und städtischen Behörden wird durchweg gearbeitet, ausgenommen in der Reichsdruckerei. Ebenso in den kaufmännischen Betrieben. Die Warenhäuser und Spezialgeschäfte sind geöffnet. Die für 12 Uhr mittags angesagten Demonstrationsversammlungen der Unabhängigen sind bekanntlich verboten worden. Lediglich aus den nördlichen und östlichen Vororten, aus Pankow und Weißensee, werden größere Ansammlungen unter freiem Himmel gemeldet, bei denen wilde Straßenredner das Wort führen. Auch Umzüge kleineren Umfanges haben stattgefunden. In der Brunnenstraße, Ecke Invalidenstraße, kam es zwischen Streikenden und wilden Fuhrwerken zu Zusammenstößen. Teilweise hat man Wagen umgestürzt. Im Weichbild des eigentlichen Berlins sind Demonstrationen nicht vorgekommen.

Im Freistaate Sachsen wird die Aufforderung der U. S. P. nicht befolgt. In Leipzig hat, wie die „B. Z.“ berichtet, die Demonstration zu keinem Streik geführt. Die Geschäfte sind geöffnet, die Straßenbahnen verkehren. In Breslau hat die Mehrzahl der Arbeiterschaft das Streiken abgelehnt. In Spandau wird in allen lebenswichtigen Betrieben gestreikt. Es streiken die Straßenbahnen, die Gas- und die Elektrizitätsarbeiter. Spandau ist ohne Gas und Elektrizität. In der Siemensstadt verhindern Streikposten die Arbeitswilligen, in die Fabrikräume einzutreten. Am Wernerwerk stürmten aber einige hundert arbeitswillige Leute die Streikposten und schlugen sie in die Flucht. In den Staatsbetrieben in Spandau wird gearbeitet.

Düsseldorf, 21. Juli. Die von den Unabhängigen und Kommunisten ausgegebene Parole zum Proteststreik, den die Mehrheitssozialisten empfehlend unterstützen, wird nur von einem Teile der Arbeiterschaft befolgt. Die mittleren und kleinen Betriebe sind wenig betroffen. In den großen Industriebetrieben ruht nur vereinzelt die Arbeit vollständig. Die Angestellten der Straßenbahn haben die Arbeit von 9½ bis 2 Uhr eingestellt. Von der Tagespresse erscheinen die „Düsseldorfer Ztg.“ und das „Düsseldorfer Tageblatt“. Auf dem Hindenburgwall bewegt sich eine große Volksmenge. Es werden Ansprachen und Gesangsvorträge gehalten. Bis jetzt ist die Ordnung an keiner Stelle gestört.

Nürnberg, 21. Juli. Hier streikt der größte Teil der Arbeiterschaft. Nach einer von Tausenden besuchten Protestversammlung wurde ein Umzug mit Musik durch die Stadt veranstaltet. Die Zeitungen erscheinen nicht. Der Straßenbahnverkehr steht still.

Frankreich — England — Italien.

WTB. Berlin, 21. Juli. Von unterrichteter Seite erfahren wir: In Frankreich streiken die Arbeiterverbände und die Verkehrsinstitute, wie Post und Telegraphie, nicht. In England ist von Streik nicht die Rede. In Italien nur an einzelnen Orten. Wo gestreikt wird, werden wirtschaftliche Forderungen als Grund angegeben. In Stettin streiken seit heute früh die Arbeiter der Großbetriebe. Die Verkehrsmittel sind im Betriebe.

Berlin, 21. Juli. Die „Voss. Ztg.“ meldet aus Rom: Der erste Tag des Streiks, der 20. Juli, ist in Rom ruhig verlaufen. Kaffees und Restaurants blieben geöffnet. Die Straßenbahn verkehrte. Nachrichten aus der Provinz sind noch nicht bekannt, da die Zeitungen nicht erschienen sind. Der heutige Sonntag ist ein Mißerfolg für die Streikenden, und wenn der Montag ebenso ausfällt, so wird das ein schwerer Schlag für die sozialistischen Organisationen. Die meisten Häuser tragen nationalen Flaggenschmuck als Demonstration gegen den internationalen Charakter des Streiks.

Über die Wirkung der Aufhebung der Blockade.

WTB. **Berlin, 21. Juli.** Ueber die voraussichtliche Wirkung der Aufhebung der Blockade wird an zuständiger Stelle vermutet, daß uns aus dem neutralen und dem bisher feindlichen Auslande große Mengen von Lebensmitteln angeboten werden, zunächst freilich noch zu hohen Preisen. Die bevorstehende Aufhebung der Devisenordnung wird den Handel erleichtern, aber nur teilweise, denn dem gewaltigen Bedarf Deutschlands entsprechen die zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel nicht. Nur ein langfristiger Kredit kann uns Zahlungsmittel für unsere dringendsten Bedürfnisse schaffen. Die Regierung ist eifrig bemüht, unseren ausländischen Kredit zu heben. Langfristige Kredite würden die Valuta steigern und eine Senkung der Preise herbeiführen. Die Kreditgeber werden aber nur Vertrauen zu uns gewinnen, wenn hier gearbeitet wird. Die Aufhebung der Blockade wird eine sofortige entscheidende Umwälzung unserer Ernährungswirtschaft nicht bringen können. Doch wird mit einer fühlbaren Besserung zu rechnen sein. Eine großzügige Einfuhrkontrolle muß bestehen bleiben, bis der Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage hergestellt ist. Bis dahin muß der Handel sich Beschränkungen auferlegen.

Stellungnahme der einzelstaatlichen Schulverwaltungen zum Schulkompromiß.

WTB. **Berlin, 21. Juli.** (Drahtnachricht.) Auf Einladung des preußischen Kultusministers traten heute die Vertreter der Unterrichtsverwaltungen verschiedener deutscher einzelstaatlicher Länder zusammen, um zur Lage Stellung zu nehmen, die für die Schulverwaltungen durch die am Freitag in zweiter Lesung erfolgte Annahme des Schulkompromisses durch die Nationalversammlung geschaffen worden war. Die Beratungen beschränkten sich auf die schul- und verwaltungstechnische Seite der Sache. Er herrschte volle Uebereinstimmung darüber, daß für die Einzelstaaten die praktische Durchführung des Schulkompromisses die denkbar größten Schwierigkeiten ergeben müsse. Für die Einzelstaaten wären sie geradezu ein Ding der Unmöglichkeit. Es wurde beschlossen, sich in letzter Stunde noch in einer dringenden Vorstellung an die Reichsregierung zu wenden und zu verlangen, daß die Schulartikel der Grundrechte und ihre endgültige Verabschiedung einer gründlichen schul- und verwaltungstechnischen Durchberatung unter Zuziehung der einzelstaatlichen Verwaltungen unterzogen werden.

Die elsaß-lothringischen Festungen.

Straßburg, 21. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Straßburger Blätter berichten, daß Frankreich mit dem Ausbau der elsaß-lothringischen Festungen beginne. Hierfür sollen 2 Milliarden Franken innerhalb fünf Jahren verwendet werden. Die rheinischen Brückenköpfe dürfen deutscherseits nicht mehr militärisch besetzt werden.

68000 Tonnen Waren aus Amerika.

WTB. **Amsterdam, 20. Juli.** Laut Pressebureau Radio sind in Amerika 68 000 Tonnen Schiffsraum für den Handel mit Deutschland bereitgestellt. Zwei Schiffe werden Baumwolle führen. Alle Schiffe fahren Ende dieses Monats oder Anfang August ab.

Flucht des Prinzen Max von Baden vor den Kommunisten.

WTB. **Berlin, 21. Juli.** Die „Voss. Ztg.“ meldet aus Karlsruhe: Prinz Max von Baden, der sich zuletzt mit seiner Familie in Salem am Bodensee aufhielt, ist dieser Tage mit seiner Familie in einem Motorboot nach der Schweiz geflüchtet und auf dem Schweizer Ufer in Rottshofen gelandet. Zu der plötzlichen Flucht des Prinzen Max nach der Schweiz erfährt die „Konstanzer Zeitung“ von zuständiger Seite: Der Vorsitzende des Arbeiterausschusses in Ueberlingen hat dem Prinzen Max persönlich berichtet, daß die Beobachtungen in den letzten Tagen ergeben haben, die Kommunisten wollten einen Anschlag auf ihn ausführen. Werkzeuge und Geld sind von der Familie nur zu persönlichem Bedarf mitgenommen worden. Die Ursachen dafür, daß die Ausreise von einer Stelle am Bodensee aus geschah, die für den allgemeinen Verkehr gesperrt ist, dürfte in der Besorgnis, an den Paßagierstellen belästigt zu werden, zu suchen sein. Die Frage, ob ein staatliches Boot die Ueberfahrt bewerkstelligt hat, wird Gegenstand einer besonderen Untersuchung sein.

Die österreichischen Friedensbedingungen.

WTB. **St. Germain, 20. Juli.** Nach den Grenzbestimmungen des heutigen Vertrages soll Südtirol bis zum Brenner italienisch werden. Deutsch-Westungarn wird zum großen Teil Deutsch-Oesterreich zugesprochen. Gegen die Tschecho-Slowakei verläuft die Grenze nicht am rechten Marchufer, sondern mitten im Flusse, so daß Deutsch-Oesterreich die Schiffahrt ermöglicht wird.

WTB. **Paris, 20. Juli.** Reuter. Dutasta überreichte Renner den vollständigen Text des österreichischen Friedensvertrages mit einem Briefe Clemenceaus, in dem den Oesterreichern zehn Tage zur Unterbreitung schriftlicher Bemerkungen eingeräumt werden.

Die militärischen und finanziellen Friedensbedingungen für Österreich.

WTB. **Versailles, 20. Juli.** Nach dem in den Abendblättern wiedergegebenen Auszug aus dem Friedensvertragsentwurf darf Oesterreich eine Armee von 30 000 Mann unterhalten und muß sich grundsätzlich für alle aus dem Krieg entstandenen Verluste und Schäden verantwortlich erklären. Die Wiedergutmachungs-Kommission setzt die bis zum 1. Mai 1921 zu zahlende Entschädigungssumme fest. Die Vorkriegsschuld Oesterreich-Ungarns wird von allen Sukzessionsstaaten nur bis zum Betrage von 1500 Millionen Gold Franken teil. Der „Temps“ betont, daß die Anforderungen, die an Oesterreich gestellt werden, so groß sind, daß seine Zahlungsunfähigkeit klar zutage trete. Die a. und a. Regierungen müßten einen Plan für eine Reorganisation aufstellen und die Kontrolle des gesamten wirtschaftlichen und finanziellen Lebens in Oesterreich übernehmen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 21. Juli. Hielt sich hier das Geschäft an der Börse heute infolge der Schwierigkeiten, mit denen sich der telegraphische und telephonische Verkehr nach außerhalb infolge des Streikes abspielte, auch in engen Grenzen, so war doch die Stimmung als durchaus fest zu bezeichnen. Kriegsanleihe behauptete ihren Kursstand von ungefähr 84. Doch waren die Umsätze heute hierin geringer. Dagegen war die Nachfrage für Schatzscheine bei anziehenden Kursen um so nachhaltiger. Auch die heimischen Anleihen zeigten feste Haltung. Am Montanmarkt festen oberschlesische Werte unter Führung von Oberschlesischer Eisenindustrie ihre Aufwärtsbewegung fort, und auch Schiffahrtsaktien zeigten bei stillem Geschäft feste Haltung. Chemische Aktien lagen bis zu 4 Prozent höher. In ausländischen Bahnen ist das Geschäft bei behaupteten Kursen wesentlich ruhiger geworden. Auf den übrigen Marktgebieten hat sich bei belanglosen Kursverschiebungen nichts wesentliches ereignet. Oesterreichische und ungarische Renten lagen bei etwas festerem Kurs still. Die Kursgestaltung in den zu Einheitskursen gehandelten Industriewerten war geteilt. Die Börse schloß allgemein in leicht abgeschwächten Kursen.

Die Devisenkurse blieben heute unverändert.

Produktenbericht.

Berlin, 21. Juli. In der Mark hat am Sonnabend die Roggenernte vereinzelt begonnen, und heute dürfte der Schnitt schon allgemeiner sein. Das abgeerntete Getreide bedarf allerdings noch einer kräftigen Nachreifung. In Lupinen sind die Händler überreichlich versorgt und erzielen zurzeit nur sehr niedrige Preise. Getreidelle und Grasmücken liegen unverändert still. In Heu hat sich der Preisrückgang weiter fortgesetzt. Stroh auf Abladung aus neuer Ernte bleibt stark angeboten. Neues Ernte-stroh wird von vielen Seiten offeriert, ist aber kaum unterzubringen. Weiter: Bedeckt.

Die Kaligewerkschaft Neusollstedt verteilt für das Jahr 1919 eine Ausbeute von 150 M. pro Kux, die am 21. Juli fällig war. Vom 22. Juli ab werden die Kuxe ausschließlich Ausbeute gehandelt.

Erhöhung der Solinger Stahlwarenpreise. Die Solinger Stahlwarenfabrikanten erhöhten mit sofortiger Gültigkeit den 300 Prozent betragenden Teuerungszuschlag auf 350 bis 375 M.

Berliner Börse

vom 21. Juli 1919.

(Telegramm.)

Eisenbahn-Aktien:		Döring & Lehrmann	118,00
		Durkoppwerke	292,00
Halberst.-Blankenb.	—	Elberfelder Faber.	295,00
Halle-Heitstedter	71,50	Felten & Guilleaume	146,25
Schantungbahn	129,75	Gasmotoren Deutz	131,00
Allg. Lokal-Str.	132,75	Gebhard & Co	235,00
Gr. Berl. Str.	122,00	Gebhard & König	89,00
Magdeburger Str.-B.	—	Gelsenkirchen Berg.	179,00
Prinz-Heinrich-B.	—	Gleuziger-Zuckerfbk.	269,00
Orientbahn	246,00	Hallesche Maschfbk.	314,00
		Hann. Masch.	310,00
Schiffahrts-Aktien:		Harpener Berg	166,50
		Hasper Eisen	155,50
Hambg. Paketfahrt	100,50	Hirsch Kupfer	221,00
Hambg. Südamerika	170,00	Höchster Farbw.	293,00
Hansa-Dampfschiff.	223,50	Hoesch Eisen u. Stahl	216,00
Nordd. Lloyd.	102,87	Hohenlohe-Werke	117,25
		Humboldt Masch.	133,00
Bank-Aktien:		Ilse Bergbau	305,00
Bank f. Thür.	—	Kahla Porzellan	315,00
Berl. Handelsges.	154,00	Kaliw. Aschersleben	164,50
Commerz-Diskontobank	124,00	Körbisd. Zucker-Akt.	—
Darmstädter Bank	109,50	Kyffhäuserhütte	140,00
Dessauische Landesbank	—	Lahmeyer & Co.	116,25
Deutsche Bank	195,00	Leuchtkammer	170,00
Diskonto-Comm	153,25	Laurahütte	169,63
Dresdner Bank	132,00	Linke & Hofmann	272,00
Leipzig Credit-Anst.	137,00	Ludwig Loewe & Co.	223,00
Mitteld. Kreditbank	114,25	Lothringer Hütte	155,00
Mitteld. Privatbank	110,50	Mannesmannröhren	178,75
Nationalbank	125,00	Oberschl. Eisenb.-Bd.	137,87
Oester. Kredit	—	do. Cero Hzg.	150,00
Reichsbank	148,87	do. Kokswerke	207,75
		Orenstein & Koppel	171,00
Industrie-Aktien		Phönix Berg	196,75
		Rhein. Metall-Vorz.	185,00
Schultheiss-Brauerei	249,00	Rhein. Stahlwerken	147,00
Akt. f. Anilin	249,50	Riebeck. Montan	190,50
Allgem. Elektr. Ges.	178,75	Rombacher Hütten	148,00
Ammendorfer Papierfbk.	—	Rositzer Braunk.	119,00
Anhalter Kohlenw.	[illegible],25	Rositzer Zucker	158,50
Annaerger Steingut	152,50	Sangerhäuser Masch.	236,00
Bad. Anilin	337,00	Hugo Schneider A.-G.	198,00
Bergmann Elekt. Akt.	146,25	Schuckert & Co.	195,75
Berl. Masch.-Bau	212,00	Siemens & Halske	166,50
Bismarckhütte	217,00	Stettiner Vulkan	168,00
Bochumer Gußstahl	188,00	Stollberger Zink	113,00
Chem.-Fabr. Buckau	120,00	Strals. Spielkarten	238,00
Chem. Griesheim	205,75	Thale-Eisenhütte	448,87
Chem. Heyden	216,25	Tripte Porzellan	176,50
Consolidation Schalk	240,00	Türk. Tabakregie	465,00
Gröllwitzer Papierfbk	219,00	Ver. Köln-Rottweiler	182,00
Daimler Motoren	207,50	Ver. Glanzstoff	465,00
Deutsche Luxemburg	148,00	Wegelin & Hübner	155,00
Deutsche Ueberseeische Elektr.	217,00	Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
Deutsche Erdöl	308,00	Westeregeln Alkali	219,75
Deutsche Gasglühl.	324,00	Wittener Gußstahl	195,50
Deutsche Kali	176,00	Wrede Mälzerei	123,50
Deutsche Waffen u. Mun.	214,00	Zschau-Kriebstein Braunk.	—
Donnersmarckhütte	214,00	Zeitzer Masch.	354,00
		Zellstoff Waldhof	174,00
		Olavi-Minen	129,00

L. Schönlicht, Bankgeschäft, Poststrasse (Stadt Hamburg).
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.

Mitteldeutsche Privat-Bank, A.-G. Filiale Poststr. 12. Fernspr. 1382, 1383, 1692. Depositenkasse Heilstrasse 133. Fernspr. 6189. Ausführung aller bankmässigen Geschäfte

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190722022/fragment/page=0003

Stadt-Theater.

Dienstag, den 22. Juli 1919,
Anfang 6 Uhr, Ende 11 Uhr:

Der Ring des Nibelungen.

3. Tag:
Götterdämmerung
von Richard Wagner.

Gäste:
Kapellmeister Fritz Reiner, Dresden.
Kammersänger Fritz Vogelstrom, Dresden.
Kammersänger Friedrich Plaschke, Dresden.
Kammersänger Georg Zottmayr, Dresden.
Ernst Possony, Leipzig.
Kammersängerin Zdenka Faßbender-Motl, München.
Lilly Hafgren-Waag, Berlin.
Kammersängerin Frieda Schreiber, Leipzig.

Bad Wittekind.
Dienstag, den 22. Juli 19, nachmittags 3½ Uhr:
Kur-Konzert
ausgeführt von der Kapelle des Füsil.-Regts. Nr. 36.
Leitung: Kapellmeister O. Haupt.
Eintrittspreise:
für Erwachsene 1.— M.
„ Kinder 0.50 „
Dauerkarten h. Gültigkeit.

Mittwoch, den 23. Juli 19. abends 8 Uhr:
Extra-Konzert
von der Kapelle des Füsil.-Regts. Nr. 36
Leitung: Kapellmeister O. Haupt.
Eintrittspreise:
Erwachsene 75 Pfg.
Kinder 40 „
Nachzahl. f. Abonnenten:
für Erwachsene 50 Pfg.
„ Kinder 25 „

Angebot:
Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen.
ca. 150 Zimmer
in einfacher bis ganz feiner Ausführung.
Möbelfabrik
Art. Martin Hacht,
Inh. Rich. Ziemer,
Halle a.S., Alt. Markt 2.

Brennholz
in Ofenlänge, ab Lager und frei Haus.
Louis Ruckelt,
Königstr. 45. Tel. 3564.

Das Recht der freien Liebe!!

Vortrag von **P. Schlaudraff-Haiger**
am Dienstag, den 22. Juli 1919 abends 8½ Uhr
in den Thaliasesälen, Geiststraße 42a.
Eintrittspreis: 1. Platz 5 M., 2. Platz 2.50 M., 3. Platz 1 M.
Eintrittskarten im Vorverkauf zu haben bei Carl Fehling, Gr. Ulrichstr. 35, Ecke Alte Promenade und an der Abendkasse.
Kassenöffnung 7½ Uhr. *4564

Klavier-Stimmungen und -Reparaturen
werden fachmännisch ausgeführt. Stimmungen im Abonnement. Meine Stimmer und Techniker sind mit Ausweis versehen und kommen nur auf Bestellung.
B. Döll, Klavierhandlung, Gr. Ulrichstr. 33/34.

Zeitungsmakulatur

auch in kleinen Mengen hat abzugeben
Zeitungsverlag und Druckerei
Otto Hendel, Halle a. d. S.,
Gr. Brauhausstr. 17.

PRESTO

Automobile
Personenwagen
Schnellastwagen

„Prestowerke" Aktiengesellschaft
Chemnitz

Vertretung:
Hallesche Automobil-Centrale
Jnh. Paul Hagemann,
Halle a./S. Grünstr. 31.

Reelles Angebot!
Nur für Kaufleute, Händler u. Schneidereien!

Volle u. Kattunstoffe, 70/80 breit	Meter Mk.	6.50
gestreiftes Aermelfutter, 100 cm breit	„ „	9.50
guter Cloth- u. Sergefutter, ca. 140 cm breit	„ „	18.50
schwarz Köper, 80 breit	„ „	9.—
Hemdenstoffe, gestreift, gute Qualität 80 breit	„ „	7.50

Ferner alle Arten Kleiderstoffe, Schürzenstoffe, Nessel, Hemdentuche usw. — Muster sofort zu Diensten. — Waren bei neuen Kunden per Nachnahme oder bei la. Referenzen.
Adolf Wolff, Manufakturwaren-Engros-Export, Berlin C., Münzstrasse 16.

Offeriere prima neue
Weinkorke
45—47 mm × 23—25 mm Mark 170.— per Mille
35—37 mm × 23—24 mm Mark 150.— per Mille
Sofortiger Versand.
Unter 25 Kilo auch ins unbesetzte Gebiet.
Carl Wilhelm Mohr, Koblenz.
Telephon 245. a1104/1

Offene Stellen

Grosse süddeutsche Spezialfabrik sucht zum Vertrieb von Aluminiumtuben
tüchtige Platzvertreter
mit guten Beziehungen zur chem.-, pharm.-, kosm.-Lebensmittel-Industrie, Drogisten und Apotheken. Herren aus der Verpackungsmittelbranche bevorzugt. Ausführliche Angebote unter N. 3028 an die Exp. d. Ztg. a1151

Maschinenfabrik in der Nähe Berlins sucht für ihre Abteilung **Kolbenpumpmaschinen** (Wasserwerks-Kanalisationsmaschinen kleinere Handpumpen) möglichst zum sofortigen Eintritt
selbständig arbeitenden Konstrukteur,
welcher imstande ist, den Abteilungsleiter zeitweise zu vertreten, ferner für dieselbe Abteilung
jüngeren, akademisch gebildeten
Konstrukteur.
Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Gehaltsansprüchen und Angabe des frühesten Eintrittszeitpunktes sind zu richten unter W. A. 4128 an die ALA, Berlin SW. 19. A39

Herrsch. Kutscher,
unverheiratet, auf das Land gesucht. Zu melden Mittwoch 11—1 Uhr im Hallenschen Kohlens und Brikett-Kontor, Merseburgerstr., Ecke Schmiedestr.

Besseres, zuverlässiges, saub.
Hausmädchen,
das selbständig kochen kann, zum 1. 9. gesucht. Zu melden Magdeburgerstr. 44, I. G. f4012

Heiratsgesuche

Witwe in 50er Jahren ev., wünscht zwecks späterer Heirat gleichaltr. freisinnen, wohlen wenn nicht alleinsteh. Herrn in guten Verhältnissen kennen zu lernen. Privat- oder Geschäftsmann mit eig. Grundstück, event. mit etwas Feld zum eigenen Bedarf in klein. Stadt oder größerem Dorfe, Nähe Bahnstat. Gefl. Offerten unter A. U. 761 an die Filiale d. Ztg., Große Ulrichstraße 32. Verschwiegenheit Ehrensache. f4012

E. Quinque,
Dekorateur, Georgstraße 11.
Rex

Einkochgläser, Apparate, Gummiringe,
Zubehörteile.
Fabrik-Niederlage:
Burghardt & Recher
Leipziger Straße 10.

Kontrollmarken, Wertmarken usw.
V964 empfiehlt
Ferd. Haassengier,
Metallwarenfabrik,
Barfüsserstrasse 9

Kachelöfen, Herde u. Wandbekleidungen,
sowie
Umsetzen u. Reinigen
von Oefen, liefert preiswert
Karl Böhme, Ofenfabrik,
Halle, Scharnstr. 8.
Telefon 2308.

Preisweit u. gut
kaufen Sie sämtliche
Unterzeuge,
Strumpfwaren
in dem ersten Spezialgesch.
H. Schnee Nacht.,
Gr. Steinstraße 84.
Gegründet 1838.

Zu verkaufen

200 Ctr Rapsstroh
hat abzugeben a 1146/1
Paul Gerhardt, Niederschsfädt, Kreis Querfurt.
Tel. Amt Schafstädt 57.

Neue moderne 7 teil.
Kücheneinrichtung
(hellgrau) ist wegen Raummangel billig zu verkaufen.
Besichtigung von 4 — 7 Uhr.
Lindenstr. 82, I.

Ein neues Piano
(Nußbaum) sofort
zu verkaufen.
Off. u. O. 3029 an d. Exp. d. Ztg. a1150

Geldverkehr

Staatsbeamte
erhalten Darlehn. 13881
Paul Schäge, Benjchlagstr. 8

Für mehrere kapitalkräftige Reflekt. suchen wir Landw. Maschinen-Bau- u. Reparat.-Anstalten mit oder ohne Grundstück bei schnellem Abschluß Köhler & Co., Leipzig, Katharinenstraße 5. — Fernruf 9062. —

Vermischtes

Holzwolle
Louis Ruckelt,
Faß- und Kistenfabrik
Königstr. 45. Tel. 3564.

---

la
Scheuer-Pulver!!
empfiehlt V4081/5
F. W. Paul Richter
Magdeburgerstr. 13.

Unreines Blut.
Zur Blutreinigung und Ausscheidung aller Schärfe aus den Säften gibt es nichts Besseres als
Rathsfeldsches Pulver
Schachtel Mk. 3.—
Verkd.: Grüne Apotheke, Erfurt. 11/.

Galgenberg
Dampfwäscherei,
Färberei,
Chem. Reinigung
Stärke-Wäsche
binnen
8 Tagen.

Parkett!
Vertrauenswürdige Fach-Firma:
Hönemann
Halle (Saale)
Büro: Am Bauhof 1
Fernr.: 3849 u. 3681.

Gebr. Bethmann
Werkstätten
für Wohnungskunst
Halle a. d. S.
Gr. Steinstraße 79-80.
Ständige
Möbel-Ausstellung

Unterricht

Deutsch-Baltin,
Studentin,
erfahrene Erzieherin (mehrere Jahre Hauslehrerin gewesen) sucht für Nachmittags bei Kindern Beschäftigung.
Off. an die Exped. unter M. 3027. b4591

Fürstlich Stollbergsches Hüttenamt
Ilsenburg

fertigt als Spezialität:
gußeiserne Fenster
in allen Grössen und Formen ohne Modellkostenberechnung bei billigsten Preisen. Größte Haltbarkeit gegenüber hölzernen und schmiedeeisernen Fenstern garantiert. Bei Anfragen u. Bestellungen Angabe der lichten Fensteröffnungen erforderlich. — An Architekten, Baumeister, Eisen- oder Baumaterialienhandlungen Musterbuch und Preislisten gratis.

Ein-Rexen ohne Zucker

Rex-Gläser u. Apparate die besten
Vor Nachahmungen wird gewarnt.

Hallesche Metallgiesserei, Armaturen- u.
Maschinenfabrik Gose & Werner,
Halle a. S.
Metallguss aller Art.
Armaturen für Dampf und Wasser.
Maschinen- und Apparatebau.
Reparatur-Werkstatt
für Maschinen, Pumpen, Armaturen usw.
Fernsprecher 6056.

Auf Grund der allgemeinen Bedingungen für Ausschreibungen des Reichsschatzministeriums vom April 1919 und der Sonderbedingungen der Zweigstelle Magdeburg werden nachstehende Waren durch Ausschreibung gegen sofortige Bezahlung verkauft:

Ausschreibung I:

8 fahrbare Fesselballon-Motorwinden mit je 1 Drahtseil von 1000—1500 m Länge. 1 Hochdruck-Zentrifugalpumpe mit direkt. Motorkupplung ca. 1000 l Min. 2 Waschmaschinen für Riemenantrieb, Leistung ca. 60 kg. Trockengewicht. 500 Wettinterschürze. ca. 140 mm Durchm. 8 Flachzahnzüge von 0,75 bis 7,5 To. 4 Zahnstangenwinden, je 3 to Tragkraft. 2 Straßenzugmaschinen (Lanz-Mannheim), ca. 40 PS. 1 Bauwinde, Tragfähigkeit 2.00 kg. Verzinktes Drahtseil, Handbetrieb. 1 Lokomobile (Lanz-Mannheim). ca. 30 PS. Fahrbare Werkzeugmaschinen jeder Art für Holz und Metall. Verschiedene Ventilatoren für Maschinen u. Handbetrieb. Verschiedene Pumpen, darunter Membran-Pumpen. 1 Posten Transmissionsteile. 17 Rietwärmer mit Lederblasebalg.

Ausschreibung II:

5000 unbrauchbare Taschenlampen-Batterien. 102 eiserne Bettstellen mit. 118 eiserne Bettstellen ohne Matratze. 40 000 Binden aus Papierstoff. 100 Gestelle aus Bandeisen. Kissenbezüge, ca. 150 000 Kinderdruckkappen aus Eisen. Ca. 100 000 eiserne Zwischenböden, 80 mm hoch und 80 mm Durchmesser.

Die Waren lagern in Magdeburg und Umgegend und können am 31. Juli 1919 besichtigt werden. Letzter Tag für die Abgabe von Geboten ist der 14. August 1919. Die allgemeinen Bedingungen und Sonderbedingungen für die Ausschreibungen nebst Bieteformularen sind erhältlich bei der Zweigstelle des Reichsschatzministeriums, des Reichsverwertungsamtes in Magdeburg, daselbst werden auch Besichtigungsscheine ausgestellt. Die Besichtigungsscheine sind schriftlich anzufordern unter Mitteilung, welche Waren geboten werden sollen. Der Bieter hat keinen Anspruch auf Erteilung des Zuschlags. A389 5

Reichsschatzministerium.
Reichsverwertungsamt, Zweigstelle Magdeburg.

Familien-Nachricht.

Am Sonntag morgen entschlief sanft nach kurzem, schweren Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Grossmutter

Frau Rosine Giebeler
geb. **Lange**
im 79. Lebensjahre.

Halle, den 20. Juli 1919.

Dies zeigt tiefbetrübt an im Namen aller Hinterbliebenen
Eduard Giebeler sen.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag 2 Uhr von der Kapelle des Stadtgottesackers aus statt.

Unterrichts-Anzeigen

Buchführung.
Kaufmänn. Privatschulen
Wilh. Baer, Geiststr. 41.
C. Lewin, Steinweg 45.
H. Dittenberger, Händelstrasse 6.

Chauffeurschule.
Hallesche Automobilzentrale, Grünstr. 31.

Chemieschule für Damen.
Dr. S. Gärtner, Mühlweg 29. Tel. 5855.

Fremde Sprachen
Kaufmänn. Privatschulen
Wilh. Baer, Geiststr. 41.
C. Lewin, Steinweg 45.

Gesangs-Unterricht.
Fritz Grusoll u. Frau, Sophienstrasse 17.
Emmi Lücke-Eckardt, Lindenstrasse 51.

Kaufmänn. Rechnen
Kaufmänn. Privatschulen
Wilh. Baer, Geiststr. 41.
C. Lewin, Steinweg 45.

Korrespondenz.
Kaufmänn. Privatschulen
Wilh. Baer, Geiststr. 4.
C. Lewin, Steinweg 45.

Literatur.
Vorträge und Unterhaltungsabende.

Nachhilfe-Unterricht.
Erich Taube, Bismarckstr. 14

Schneiderei-Unterricht.
E. Holborn, Königstr. 50 I.

Schreib-Unterricht.
Kaufmänn. Privatschulen
Wilh. Baer, Geiststr. 41.

Schreibmaschine.
Kaufmänn. Privatschulen
Wilh. Baer, Geiststr. 41.
C. Lewin, Steinweg 45.
H. Dittenberger, Händelstrasse 6.

Stenographie.
Kaufmänn. Privatschulen
Wilh. Baer, Geiststr. 41.
C. Lewin, Steinweg 45.
H. Dittenberger, Händelstrasse 6.

Tanz-Unterricht.
Hofballettmeister Wesner, St. Nikolaus.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190722022/fragment/page=0004